

Antrag 2026/I/AUSSEN/1

Kreis Wandsbek

Für ein gemeinsames Einwirken der europäischen Partner auf Israel zur Einhaltung des Völkerrechts in Gaza

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der
2 SPD beschließen: Der Bundesvorstand der SPD und die Mitglieder der Bundestagsfraktion der
3 SPD bekennen sich ohne Ausnahme zum Völkerrecht und dessen Einhaltung und setzen sich
4 deshalb dafür ein, dass die deutsche Bundesregierung in enger Zusammenarbeit mit ihren eu-
5 ropäischen Partnern ihre freundschaftlichen Beziehungen zu Israel nutzt, entschlossen auf ei-
6 nen Stopp des völkerrechtswidrigen Vorgehens in Gaza und der Westbank hinzuwirken. Dazu
7 sollen ein Stopp des EU-Assoziierungsabkommens, eine Aufhebung von Handelserleichterun-
8 gen sowie eine strikte Kopplung von Waffenlieferungen an eine Verwendungsklausel, die einen
9 Einsatz in Gaza ausschließt, genutzt werden. Die an Ausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgü-
10 ter beteiligten Organe (BMWE, BAFA) sollen die Verwendung dabei im Rahmen ihrer Pflich-
11 ten nach dem Arms Trade Treaty und dem deutschen Kriegswaffenkontrollgesetz kontrollie-
12 ren. Hierzu gehört explizit die Ablehnung solcher Rüstungsexporte, deren völkerrechtswidriger
13 Einsatz plausibel ist. Sie setzen sich dafür ein, die erfolgte Massengeiselnahme vom 07.10.2023
14 sofort durch Freilassung aller Geiseln durch die Hamas zu beenden.

15 Begründung

16 Die SPD steht fest zum Recht Israels, sich zu verteidigen und zur Verpflichtung Deutschlands,
17 Israel in seinem Existenzrecht zu unterstützen und zu schützen. Analog zu den rechtlichen
18 Grenzen der individuellen Notwehr sind auch im Völkerrecht die Grenzen eines Staates, sich
19 zu verteidigen, definiert. Geht ein Staat über diese Grenzen hinaus, so verletzt der Staat das
20 Völkerrecht. Deutschland sollte keine Unterstützung zu einem solchen aggressiven und völ-
21 kerrechtswidrigen Vorgehen leisten.

22 Das aktuelle Vorgehen der israelischen Regierung widerspricht den definierten Zielen einer so-
23 zialdemokratischen Außenpolitik und sollte daher keine Unterstützung durch die SPD erfah-
24 ren: „Unser Ziel ist es, in einem starken Europa für ein verlässliches, stabiles und sicheres in-
25 ternationales Umfeld zu sorgen und die internationale, regelgebundene Ordnung mit ihren
26 multilateralen Institutionen zu schützen, zu reformieren und damit zu stärken.“ (1) Regierungs-
27 programm der SPD für die Bundestagswahl 2025 (S. 57)

28 Auch die Regeln zur Ausführung von Rüstungsgütern außerhalb der NATO untersagen solche
29 Waffenlieferungen: „Der Export von Rüstungsgütern bedarf stets einer Genehmigung, die erst
30 nach sorgfältiger Einzelfallprüfung erteilt wird. Die Entscheidungen über Genehmigungen für
31 Rüstungsexporte richten sich nach außen- und sicherheitspolitischen Erwägungen. Dabei legt
32 die Bundesregierung besonderes Augenmerk auf die allgemeine Menschenrechtslage im Emp-
33 fängerland sowie darauf, dass die konkreten Güter zudem nicht für Menschenrechtsverletzun-
34 gen missbraucht werden oder zur Verschärfung von Krisen beitragen. Neben der Verwendung

35 der Güter im Einzelfall kommt damit auch der Menschenrechtslage im Empfängerland eine
36 besondere Bedeutung zu.“ (2) Dossier des BMW „Für eine restriktive und wertegeleitete Rüs-
37 tungsexportpolitik“

38 Viele andere europäische Regierungen sehen das Vorgehen Israels ebenfalls kritisch und ha-
39 ben neben einer Aussetzung der Rüstungsexporte auch Sanktionen in Erwägung gezogen. Eine
40 Partei, die in jedem Europawahlkampf fordert, dass man gerade in der Außenpolitik zu Mehr-
41 heitsentscheidungen kommen soll, darf in Bezug auf Israel keine Sonderstellung einnehmen.

42 „Ein wesentlicher Bestandteil institutioneller Reformen ist es daher, das Einstimmigkeitsprin-
43 zip im Rat, wo es heute noch gilt, durch die Einführung von Mehrheitsentscheidungen abzulö-
44 sen. Das macht die EU schlagfertiger, handlungsschneller und demokratischer.“ (3) - Wahlpro-
45 gramm der SPD für die Europawahl 2024 (S. 26)

46 Es ist wichtig, auch in dieser Frage mit einer gemeinsamen europäischen Stimme zu sprechen.

47 Quellenlinks: (1) - Regierungsprogramm der SPD für die Bundestagswahl 2025 (S. 57)
48 <https://mehr.spd.de/custom-static-assets/documents/Regierungsprogramm.pdf>

49 (2) - Dossier des BMW „Für eine restriktive und wertegeleitete Rüstungsexportpoli-
50 tik“ [https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Dossier/ruestungsexport-](https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Dossier/ruestungsexport-kontrolle.html)
51 [kontrolle.html](https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Dossier/ruestungsexport-kontrolle.html)

52 (3) - Wahlprogramm der SPD für die Europawahl 2024 (S. 26) [https://www.spd.de/filead-](https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/EuroDel/20240i128_Europaprogramm.pdf)
53 [min/Dokumente/EuroDel/20240i128_Europaprogramm.pdf](https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/EuroDel/20240i128_Europaprogramm.pdf)